



Presseschau vom 18.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Mariupol oder Opfer für die Propaganda

Die letzten eingeschlossenen Reste ukrainischer Truppen in Mariupol gehen gerade unter. Auf die Aufforderung zur Kapitulation gab es keine Reaktion. Und niemand in Deutschland findet das befremdlich, obwohl Selenskij seine Leute jederzeit hätte retten können. ...

<https://kurz.rt.com/2x8j> bzw. [hier](#)

wpered.su: Offizielle Mitteilung über das Plenum des ZK der KP der DVR

In Donezk fand das April-Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der DVR statt. Die Plenumsteilnehmer befassten sich mit einer Frage: „Die Arbeit der Partei während der aktiven Kampfhandlungen zur Befreiung des Gebiets der Donezker Volksrepublik“. ...

<http://wpered.su/2022/04/18/offizielle-mitteilung-uber-das-plenum-des-zk-der-kp-der-dvr/>

wpered.su: Zur Arbeit der Partei in der Zeit der aktiven Kampfhandlungen zur Befreiung des Gebiets der Donezker Volksrepublik

Referat des Ersten Sekretärs des ZK der KP der DVR B.A. Litwinow auf dem Plenum am 16.04.2022 ...

<http://wpered.su/2022/04/18/zur-arbeit-der-partei-in-der-zeit-der-aktiven-kampfhandlungen-zur-befreiung-des-gebiets-der-donezker-volksrepublik/>

Robert Inlakesh: Kalter Krieg zwischen Marokko und Algerien: Wie sich in Nordafrika ein neuer Konflikt zusammenbraut

Die Spannungen zwischen Marokko und dem benachbarten Algerien, die als Nordafrikas neuer "Kalter Krieg" bezeichnet werden, drohen zu eskalieren. Die Folgen dieser Entwicklung haben viel mehr mit der westlichen Einmischung in die Angelegenheiten der beiden Länder zu tun, als es auf den ersten Blick scheint. ...

<https://kurz.rt.com/2x8e> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:25 de.rt.com: Wegen Krieg in der Ukraine: Zittauer Bürgermeister versteckt sein 'Z'

Die Stadt Zittau hat momentan nicht nur Probleme, weil ihr Autokennzeichen aus einem 'Z' besteht, das mittlerweile in mehreren Bundesländern zum verbotenen Symbol erklärt wurde. Vor einigen Jahren wurde ein Stadtlogo entwickelt, das ebenfalls aus einem geschwungenen und orangegelben 'Z' besteht. Dieses Logo zierte die [Webseite](#) wie auch Dokumente der Stadt. Thomas Zenker, Oberbürgermeister der Stadt, trug bisher eine silberne Anstecknadel in Gestalt dieses Logos am Revers.

Inzwischen hat er nach einem Bericht von tag24 dieses Logo abgelegt, weil es bei ukrainischen Flüchtlingen, Polen und Tschechen zu Missverständnissen führen könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625c69b748fbef2e9f159e13.jpg>

22:45 de.rt.com: **Mangel an Sonnenblumenöl – Lebensmittelbranche muss reagieren**

Der Ukraine-Krieg hat den Export von Sonnenblumenkernen aus der Ukraine zum Erliegen gebracht. Die Lebensmittelbranche muss nun auf Ersatzprodukte umsteigen. McDonald's setzt mittlerweile auf eine Mischung aus verschiedenen Pflanzenölen.

Unternehmen der Lebensmittelbranche bekommen den Mangel an Speiseöl derzeit stark zu spüren. Große Konzerne wie McDonald's haben deswegen bereits ihre Speiseölmischung für die Zubereitung von Pommes frites geändert. "Wir nutzen zum Frittieren unserer Pommes eine Pflanzenölmischung – unter anderem aus Sonnenblumen- und Rapsöl –, wobei Sonnenblumenöl nur einen kleineren Teil ausmacht", sagte eine Sprecherin von McDonald's Deutschland gegenüber der dpa.

Und der aus dem Ukraine-Krieg resultierende Engpass dürfte anhalten. Da die Ukraine der größte Lieferant ist, erwarten Fachleute vorerst keine Verbesserung der Situation. Ein Sprecher des Verbands der ölsaatenverarbeitenden Industrien (Ovid) unterstrich:

"Bei Sonnenblumenöl ist die Ukraine der wichtigste Lieferant weltweit."

Über die Hälfte der weltweiten Exporte von Sonnenblumenöl kommt aus dem osteuropäischen Land. In der Ukraine wurde bislang demnach aus den Sonnenblumenkernen sogenanntes Rohöl hergestellt und über das Schwarze Meer verschifft, die Exporte sind wegen des Krieges zum Erliegen gekommen. "Das wird sich auf absehbare Zeit nicht verbessern", so der Ovid-Sprecher.

In den deutschen Supermärkten ist Sonnenblumenöl schon seit Wochen weitgehend ausverkauft. Längst trifft der Mangel aber auch große Unternehmen. Der Mangel an Sonnenblumenöl bedeutet aber nicht, dass die Bürger auf Pommes, Bratwurst, Berliner und andere frittierte Speisen verzichten müssen. Rapsöl ist ein geeigneter Ersatz, und – anders als bei Sonnenblumenöl – es droht auch kein Mangel. "Beim Raps gibt es kein Problem", sagt der Ovid-Sprecher. Denn in Deutschland, Frankreich oder Polen wird Raps demnach auf jeweils einer knappen Million Hektar angebaut.

Gewerkschaft NGG warnt vor Stopp der Gaslieferungen aus Russland

Indes warnt die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) vor einem Stopp der Gaslieferungen aus Russland. NNG-Vorsitzender Guido Zeitler sagte gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe:

"Ein Stopp der Gaslieferungen hätte massive Auswirkungen auf die Nahrungsmittelherstellung. Die Ernährungsindustrie ist nach der chemischen Industrie der zweitgrößte industrielle Gasverbraucher in Deutschland. [...] Wir würden zwar deshalb keinen Hunger leiden, aber es würde große Produktionsausfälle geben, die die Verbraucher in den Supermärkten spüren würden."

Der größte Gasverbraucher in der Ernährungsindustrie ist die Milchwirtschaft, gefolgt von der Fleischindustrie. Danach kommen die Fett-, Öl-, Brot-, und Zuckerindustrie, aber auch das Bäcker- und Fleischhandwerk. Auch Betriebsräte warnten bereits, sagte Zeitler.

Gas wird in der Ernährungsindustrie demnach vor allem als Prozessenergie benötigt. "Zur Nahrungsmittelherstellung wird zum Trocknen, Kochen oder Garen viel Energie benötigt. Dasselbe gilt fürs Abkühlen, um die Lebensmittel haltbar zu machen", sagte Zeitler.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bb39db480cc348d310f55.jpg>

vormittags:

7:03 de.rt.com: Handwerk schlägt Alarm: Preise für Dachziegel steigen enorm an

Der Ukraine-Krieg und der drohende Importstopp für russisches Erdgas lassen die Preise für Dachziegel explodieren. Die gestiegene Nachfrage und Bestellannahme-Stopp der Hersteller könnten bald zu einem Engpass führen.

Eine anhaltend hohe Nachfrage, ein begrenztes Angebot und erheblich gestiegene Energiekosten führen nach Branchenangaben zu deutlich höheren Preisen für Dachziegel. Laut Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks (ZVDH) in Köln hat es schon zu Jahresbeginn eine spürbare Preiserhöhung gegeben. Bis Mai seien weitere Preisaufschläge zu erwarten, sodass Tondachziegel dann 30 bis 40 Prozent teurer als zum Ende des vergangenen Jahres sein könnten.

Die Herstellung von Dachziegeln ist den Angaben zufolge ausgesprochen energieintensiv, weil dazu sehr hohe Temperaturen von 1.000 Grad Celsius oder mehr nötig seien. Hinzu komme ein Bestellannahme-Stopp bei manchen Herstellern, der dazu führe, dass der Handel aktuell keine Tondachziegel bei den betreffenden Lieferanten ordern könne, so der ZVDH. Laut dem Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie in Berlin ist bereits seit dem vierten Quartal 2021 eine stark zunehmende Nachfrage nach Tondachziegeln zu beobachten. Der Grund dafür sei in erster Linie die gute Baukonjunktur. Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands, Matthias Frederichs, betonte gegenüber der dpa:

"Die Situation hat sich durch die Ukraine-Krise und einen drohenden Importstopp für russisches Erdgas noch mal verschärft."

Wegen der großen Nachfrage müssten bei einigen Unternehmen vorübergehend lange Lieferzeiten in Kauf genommen werden. Teilweise könnten sogar keine neuen Aufträge mehr angenommen werden, sagte Frederichs. Angesichts der hohen Energiekosten und zunehmender Lieferengpässe sei es für die Ziegelindustrie unvermeidlich, Kostensteigerungen weiterzugeben. Er argumentierte:

"Grundsätzlich kann man sagen, dass sich die Ziegelindustrie aktuell in einem enormen Spannungsfeld zwischen einerseits sehr hoher Baunachfrage und andererseits einer völlig unklaren Erdgasversorgung für die Ziegelproduktion steckt."

Zuspitzen könnte sich die Situation, falls es keine russischen Erdgaslieferungen nach Deutschland mehr geben sollte. Bei einer "erheblichen Verschlechterung der Versorgungslage" ist vorgesehen, dass die Bundesregierung im Rahmen des Notfallplans Gas die dritte und höchste Stufe ausruft. Dann regelt die Bundesnetzagentur die Gasverteilung. So soll sichergestellt werden, dass etwa private Haushalte, aber auch Krankenhäuser oder Gaskraftwerke weiter versorgt werden – Ziegelhersteller dann aber möglicherweise nicht

mehr.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625bb9e2b480cc32d91f7fa9.jpg>

8:00 de.rt.com/ria.ru: **Militante töten dutzende Menschen in Mariupoler Krankenhaus**

Vertreter der Volksrepublik Donezk im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands und Beamte des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation haben ein Krankenhaus in der Stadt Mariupol besucht. Dort sollen mehrere Dutzend Zivilisten von ukrainischen Militanten getötet worden sein, erklärte Generalmajor Ruslan Jakubow, der Leiter der DVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er [teilte](#) mit: "Gemeinsam mit dem Ermittlungskomitee der Russischen Föderation zeichnet das Gemeinsame Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands die Verbrechen des ukrainischen Regimes gegen die Zivilbevölkerung auf. Wir befinden uns in der Nähe des städtischen Krankenhauses Nummer vier in der Stadt Mariupol. Bislang haben wir bereits mehr als zwanzig Leichen erfasst. Es könnte sein, dass noch mehr entdeckt werden."

Ihm zufolge besteht die Hauptaufgabe nun darin, möglichst viele Beweise zu finden, um eine Untersuchung durchführen zu können.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/04/1781612311_0:194:3078:1925_1280x0_80_0_0_b04284cd19e9fd93b790a843408fa44e.jpg

9:24 (8:24) novorosinform.org: **Bürgermeister von Lwow meldete eine Reihe von Explosionen in der Stadt**

Im betroffenen Gebiet befanden sich die Einsatzorte ausländischer Söldner.

Der Leiter der Stadtverwaltung sagte, dass die Retter bereits zum Ort der Explosionen aufgebrochen seien.

Trotz des Verbots der offiziellen Behörden, die Folgen der Explosionen zu veröffentlichen, zeigt die lokale Öffentlichkeit Rauchwolken, die über der Stadt aufsteigen, [berichtet](#) der Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“.

Einige Nutzer berichten, dass einige der Explosionen an Orten stattfanden, an denen sich ausländische Söldner angesammelt haben, die weiterhin in der Westukraine ankämen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass es heute Morgen mehrere Explosionen in Kiew und Dnepropetrowsk gegeben hat.



https://novorosinform.org/content/images/30/94/43094_720x405.jpg

8:30 de.rt.com: **Selenskij: "Ukraine könnte zehn Jahre gegen Russland kämpfen"**

Die Ukraine werde ihre Territorien nicht aufgeben, erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem am Sonntag ausgestrahlten Interview mit dem TV-Sender CNN auf die Frage nach den Aussichten auf Verhandlungen mit Russland. Er betonte:

"Wir können unser Territorium nicht aufgeben, aber wir müssen eine Form des Dialogs mit Russland finden. Wenn sie dazu in der Lage sind, sind wir bereit.

Wenn sich die Gelegenheit zum Gespräch ergibt, werden wir reden, aber nicht auf der Grundlage eines russischen Ultimatums. Es ist eine Frage der Haltung uns gegenüber."

Je früher dies geschehe, desto weniger Menschen würden sterben, so der Machthaber. Er schloss aber auch eine andere Option nicht aus: "Wir können auch zehn Jahre lang gegen die Russische Föderation kämpfen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625cf9cb48fbef2eb1076433.jpg>

10:02 (9:02) novorosinform.org: **Die USA haben bereits ein Drittel ihrer Bestände an "Javelin" in die Ukraine geschickt - amerikanischer Analyst**

Die Waffenlieferungen an Kiew erschöpfen die eigenen Reserven der Vereinigten Staaten rapide.

Am Montag, dem 18. April, gab Hal Brands, ein Analyst der US-Agentur Bloomberg, eine Erklärung ab, dass die fortgesetzte Lieferung von Militärhilfe die US-Verteidigungsfähigkeit negativ beeinflussen werde, wenn die Staaten diese Bestände nicht schnell wiederherstellen können, berichtet [Regnum](#).

„Die Vereinigten Staaten haben bereits ein Drittel ihrer Bestände an Javelin-Panzerabwehrsystemen (an Kiew) geliefert“, sagte der Analyst.

Brands betonte, dass die Vereinigten Staaten im Ukraine-Konflikt als "Arsenal der Demokratie" fungierten und sich nicht aktiv an dem Konflikt beteiligten, aber in naher Zukunft könnte diese Reserve weitgehend erschöpft sein.

Er stellte fest, dass alle diese Lieferungen ohne Produktion (aus Lagern) erfolgen und es in naher Zukunft nicht möglich sei, diese Bestände wieder aufzufüllen, und dass die Vereinigten Staaten daher mit einer ernsthaften Schwächung ihrer Verteidigungsfähigkeit konfrontiert sein könnten. In Fortsetzung seiner Argumentation betonte der Analyst, dass die USA im Falle eines militärischen Zusammenstoßes mit Russland oder China ihre Reserven innerhalb weniger Tage aufbrauchen würden.



https://novorosinform.org/content/images/30/99/43099_720x405.jpg

9:45 de.rt.com: **Russisches Katastrophenschutzministerium liefert mehr als 700 Tonnen humanitäre Hilfe in den Donbass und die Ukraine**

Das russische Katastrophenschutzministerium hat mehr als 700 Tonnen humanitäre Hilfe in den Donbass und die Ukraine geliefert, so der Pressedienst der Behörde. In der Erklärung heißt es laut [RIA Nowosti](#):

"Regelmäßige Konvois der Rettungszentren des Ministeriums für Notfallsituationen haben mehr als 700 Tonnen humanitäre Güter in den Donbass und die Ukraine geliefert. Die Ladung umfasst Wasser in Flaschen, Babynahrung, medizinische Hilfsgüter und Baumaterialien."

Außerdem hat das russische Ministerium für Katastrophenschutz Löschfahrzeuge, integrierte Wasseraufbereitungsstationen, mobile Kraftwerke, Motorpumpen sowie Stromgeneratoren bereitgestellt und Einheiten für Notfälle zur humanitären Minenräumung in das Gebiet des Donbass entsandt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625cf74148fbef2ed071c455.jpg>

10:46 (9:46) novorosinform.org: **Die russische Luftverteidigung hat drei ukrainische Kampfflugzeuge und elf Drohnen abgeschossen**

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation berichtete, dass drei ukrainische Kampfflugzeuge von russischen Luftverteidigungssystemen in der Luft abgeschossen wurden: zwei MiG-29-Jäger und ein Su-25.

Es wird mitgeteilt, dass zwei MiG-29-Jäger in der Nähe der Stadt Isjum und eine Su-25 in der Nähe von Awdejewka eliminiert worden seien. Darüber hinaus habe die russische Luftverteidigung 11 ukrainische unbemannte Luftfahrzeuge in der Luft in der Nähe von Klimowo, Newelskoje, Nowotroitskoje, Isjum, Pantelejmonowka, Sladkowodnoje und Jasnoje abgeschossen.

Außerdem habe die russische Luftverteidigung 10 großkalibrige Raketengeschosse abgefangen, die von Mehrfachraketenwerfern der Streitkräfte der Ukraine in Tschernobajewka abgefeuert wurden.

Ferner wurde mitgeteilt, dass das russische Militär seit Beginn der Spezialoperation 139 ukrainische Flugzeuge und 483 unbemannte Luftfahrzeuge zerstört habe.



https://novorosinform.org/content/images/31/03/43103_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.4.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 227 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **25 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 14 Wohnhäuser, 2 zivile Infrastrukturobjekte und 4 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 49 ukrainische Nationalisten, 3 Feuerpositionen für 120mm-Mörser, 2 Panzerfahrzeuge und 2 Lastwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer und ein Panzerfahrzeug wurden erbeutet.

10:10 de.rt.com: **Vučić: Serbien zahlt hohen Preis für seine Weigerung, Sanktionen gegen Russland zu verhängen**

Serbien steht wegen seiner Weigerung, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, unter starkem Druck des Westens. Darauf wies der serbische Präsident Aleksandar Vučić in einer Sendung des Fernsehsenders TV Pink hin. Er erklärte:

"Wenn wir Sanktionen gegen Russland verhängen, werde ich jede mögliche Auszeichnung bekommen, die man will. Ich würde von allen verherrlicht werden. Man würde sagen, dass ich der größte Demokrat der Welt sei, obwohl ich bis gestern noch als autoritär und halbautokratisch bezeichnet wurde."

"Es kommt uns teuer zu stehen, dass wir keine Sanktionen unterstützen. Teurer als Sie denken. Und wenn wir das täten, würde uns das unsere Prinzipien kosten, niemanden mit Sanktionen zu belegen, denn wir wissen aus eigener Erfahrung, wie unmoralisch und sinnlos Sanktionen sind."

Vučić erinnerte daran, dass "Russland die territoriale Integrität Serbiens seit 2001 immer unterstützt hat". Gleichzeitig fügte er hin, dass Serbien das einzige europäische Land sei, das keine Sanktionen gegen Moskau verhängt habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625cedbcb480cc1da521ddf9.jpg>

11:31 (10:31) rusvesna.su: **Die russische Armee eroberte eine wichtige Stadt in der LVR von den Streitkräften der Ukraine zurück**

Am Morgen des 18. April eroberte die russische Armee nach heftigen Nachtkämpfen die nahe

der Westgrenze der LVR gelegene Stadt Kremennaja von den Streitkräften der Ukraine zurück.

Der Verlust von Kremennaja wurde vom Leiter der besetzten Gebiete „Lugansker militärisch-zivilen Verwaltung“, Sergej Gajdaj, bestätigt.

Ihm zufolge wurden bedeutende Kräfte der russischen Armee in die Stadt gezogen, nachts gingen die RF-Streitkräfte zu einer "großen Offensive" über, die von Erfolg gekrönt war. Die Errichtung der Kontrolle über Kremennaja ist von großer strategischer Bedeutung: Jetzt ist der Weg für Einheiten der russischen Armee frei, in den Rücken feindlicher Formationen einzudringen, die versuchen, Rubischnoje, Sewerodonezk und Lisitschansk zu halten.

10:35 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Über 2.000 gepanzerte ukrainische Fahrzeuge seit Beginn der militärischen Sonderoperation zerstört**

Die russischen Streitkräfte haben seit Beginn ihrer militärischen Sonderoperation in der Ukraine 139 Flugzeuge, 483 unbemannte Luftfahrzeuge, 2.326 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte zerstört. Dies verkündete der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow am Montag. Er teilte mit:

"Seit Beginn der Militäroperation wurden insgesamt 139 Flugzeuge, 483 unbemannte Luftfahrzeuge, 250 Flugabwehrraketensysteme, 2.326 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 254 Mehrfachraketenwerfer, 1.004 Stück Feldartillerie und Granatwerfer sowie 2.184 Stück militärische Spezialfahrzeuge zerstört."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625d165948fbef2e9f159e36.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 18.04.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

12 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

2 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 139 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm sowie Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Donezkij, Perwomajsk und Kalinowo abgefeuert.

Infolge des Beschuss auf Perwomajsk wurden **2 Frauen, geb. 1958 und 1961, verletzt**, außerdem wurden 7 Häuser und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern zeichnete das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik Soldaten der Volksmiliz, die sich besonders ausgezeichnet hatten, aus, außerdem übergab er Zivilschutzkräften des Internationalen Minenräumungszentrums der Streitkräfte der RF Auszeichnungen.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien.

11:17 de.rt.com: **"Um globale Hungerkatastrophe abzuwenden" – Özdemir fordert weitere Waffenlieferungen an Ukraine**

Ernährungsminister Özdemir hat vor einer globalen Hungerkrise gewarnt. Die Schuld hierfür sieht er beim Kreml: Dieser verfolge "eine Strategie des Aushungerns". Beweise für seine Anschuldigungen liefert er allerdings nicht.

Die Waffenlieferungen an die Ukraine sollten nach Meinung des Bundesernährungsministers Cem Özdemir intensiviert werden, um eine globale Hungerkatastrophe abzuwenden.

"Russlands Krieg gegen die Ukraine entpuppt sich immer mehr als ein Angriff gegen die internationale Staatengemeinschaft", sagte der Grünen-Politiker der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung:

"Darum ist es so wichtig, dass der Westen die Ukraine mit weiteren wirkungsvolleren Waffen unterstützt – und da sollte sich Deutschland nicht ausnehmen."

"Putins Strategie ist es, Konflikte zu schüren, und sein Mittel dafür heißt: den Hunger verstärken", erklärte Özdemir. Das könne sich langfristig auf die Leistungsfähigkeit der ukrainischen Landwirtschaft und damit auf die Weltversorgung auswirken. Seine Behauptung begründete der Grünen-Politiker mit "alarmierenden Nachrichten aus der Ukraine, wo russische Truppen offenbar gezielt auch landwirtschaftliche Infrastruktur und Lieferketten zerstören". Eine belegbare Quelle für seine Anschuldigungen nannte Özdemir allerdings nicht. Putins "Strategie des Aushungerns" werde insbesondere den Ländern Probleme bereiten, in denen viele Menschen schon jetzt Probleme mit der Ernährungssicherheit hätten, sagte der Minister. Vor allem afrikanische Staaten seien hiervon betroffen.

Die Situation müsse auf globaler Ebene angegangen werden. "Hier müssen wir uns über grundsätzliche, strukturelle Fragen der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik weltweit verständigen." Deshalb müsse der Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen eine zentrale Rolle übernehmen, forderte Özdemir.

Die Aufgabe der Bundesregierung bestehe jetzt darin, die humanitäre Hilfe für die Ukraine von 64 Millionen auf 370 Millionen Euro aufzustocken. Mit der Erhöhung der Mittel könne dann auch die Arbeit des Welternährungsprogramms massiv ausgeweitet werden, erklärte der Minister. Zusätzlich würden 430 Millionen Euro für die globale Ernährungssicherung bereitgestellt, wovon 150 Millionen Euro für die Sonderinitiative "Eine Welt ohne Hunger" bestimmt seien.

Noch vor wenigen Wochen hatte Özdemir mit Blick auf die Lebensmittelversorgungslage in Deutschland an die Bürger appelliert, keine unnötigen Vorräte anzulegen. Die Versorgung sei sichergestellt, so der Ernährungsminister damals. Er hätte mit Vertretern des Handels gesprochen und auch die hätten "sehr klar gesagt, wir haben die Lage im Griff, die Versorgung ist sichergestellt!"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d021748fbef3f827f9c20.jpg>

11:25 de.rt.com: **Über 860.000 Menschen aus dem Donbass und der Ukraine nach Russland geflohen**

Die Zahl der Menschen, die aus der Ukraine und dem Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Lugansk nach Russland gekommen sind, hat 860.000 überschritten. Dies teilten die russischen Sicherheitsbehörden am Montag gegenüber der Nachrichtenagentur TASS mit. In einer entsprechenden Erklärung [hieß](#) es:

"Insgesamt kamen mehr als 860.000 Menschen, darunter mehr als 161.000 Kinder, über die Kontrollpunkte in den Regionen Rostow, Belgorod und Brjansk sowie in der Republik Krim nach Russland."

Der Zustrom von Menschen, die die Grenze zwischen dem Donbass und der Ukraine überqueren, sei in den letzten Tagen leicht zurückgegangen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625d0d4248fbef31cc7b5302.jpg>

12:34 (11:34) rusvesna.su: **Mariupol: Kämpfe in der Nähe von Asowstal, russische und DVR-Truppen verhinderten einen Durchbruch der eingekreisten Kämpfer**

In Mariupol rücken die Truppen Russlands und der DVR selbstbewusst auf die Hochburg der Nazis zu. Am Rande des Asowstal-Werks finden Kämpfe statt, Artillerie und russische Flugzeuge treffen die Befestigungen der Militanten.

Die Volksmiliz der DVR zeigte [frisches Bildmaterial](#) sowie ein vor drei Tagen aufgenommenes [Video](#). Es zeigt das blutige Versagen der Streitkräfte der Ukraine: Die Alliierten liquidierten den Durchbruch der eingekreisten Kämpfer aus Primorskij in Richtung Asowstal.

Bei den Kämpfen wurden 43 feindliche Ausrüstungsgegenstände zerstört und beschädigt, etwa 150 ukrainische Soldaten wurden getötet oder verwundet.

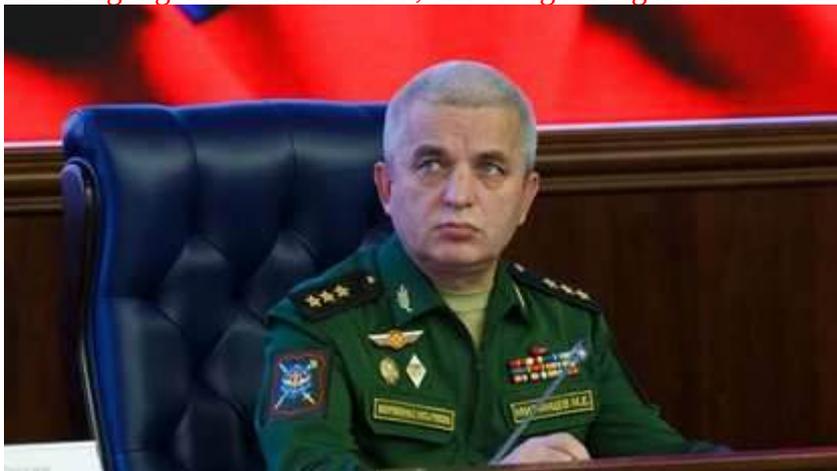
12:35 (11:35) novorosinform.org: **Kiew bereitet ein "blutiges Osterfest" in der Ukraine vor - russisches Verteidigungsministerium**

Materialien zur Vorbereitung einer großangelegten Provokation durch die ukrainischen Sonderdienste stünden dem russischen Kommando zur Verfügung.

Der Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums Russlands, Generaloberst Michail Misinzew, gab bekannt, dass ihm Informationen zur Verfügung stünden, dass das Kiewer Regime groß angelegte Provokationen vorbereite, die zeitlich mit den bevorstehenden Osterfeierlichkeiten zusammenfallen, berichtet TASS.

Ukrainische Sonderdienste beabsichtigen demnach, Massenansammlungen von Menschen in den von ihnen kontrollierten Siedlungen in den Regionen Nikolajew, Saporoschje, Odessa, Charkow und Sumy zu beschießen. In der Nacht des 24. April könnten Militante Mörser auf das Kirchengelände feuern und anschließend russische Truppen dafür verantwortlich machen. „Zu diesem Zweck wurden aus den nationalistischen Bataillonen mehr als 70 mobile Gruppen auf mit Mörsern (den sogenannten „wandernden Mörsern“) ausgerüsteten Lieferwagen und Geländewagen mit der Aufgabe gebildet, in der Osternacht orthodoxe Gebetsstätten und Kirchen zu beschießen (vom 23. April bis 24. April 2022), mir anschließender Anschuldigung russischer Soldaten für das Massaker an Zivilisten an diesem heiligen Feiertag für Gläubige“, fügte der General hinzu.

Um das notwendige Medienbild zu schaffen, würden Gruppen ukrainischer und ausländischer Reporter hinzugezogen, die Fälle blutiger Provokationen "aufzeichnen". Das russische Verteidigungsministerium forderte die Vereinten Nationen, die OSZE, das IKRK und andere weltweite humanitäre Organisationen auf, diesen Erklärungen Beachtung zu schenken und Anstrengungen zu unternehmen, um blutige Ereignisse zu verhindern.



https://novorosinform.org/content/images/31/15/43115_720x405.jpg

11:45 de.rt.com/ria.ru: **RIA Nowosti veröffentlicht Drohnenaufnahmen aus dem Hafen von Mariupol**

Mindestens zwei Frachtschiffe stecken im Handelshafen von Mariupol fest, der mittlerweile von russischem Militär sowie DVR-Truppen eingenommen wurde. Das zeigen [Aufnahmen](#) einer Drohne der Nachrichtenagentur RIA Nowosti über dem Hafengebiet.

Der Hafen wurde am Sonntag bei sonnigem Wetter aus der Vogelperspektive gefilmt. Auf den

Aufnahmen, die über den Hafengewässern gemacht wurden, sind deutlich zwei Schiffe zu sehen, bei denen es sich den Umrissen nach zu urteilen um Trockenfrachtschiffe handelt, die am selben Pier liegen. In der Ferne sind außerdem zwei kleinere Schiffe, wahrscheinlich Schlepper, an anderen Anlegestellen zu sehen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/12/1784031120_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_a56dee4643a18475dda3a553c8a222fe.jpg

nachmittags:

13:02 (12:02) novorosinform.org: **Das russische Verteidigungsministerium benannte die Höhe der Verluste der ukrainischen Truppen seit Beginn der Spezialoperation**

Das russische Kommando verfüge über Informationen über die Neutralisierung von mehr als 23.000 Soldaten bewaffneter Formationen, die von Kiew kontrolliert werden.

Am 18. April beliefen sich die Verluste der ukrainischen Armee seit Beginn der russischen Spezialoperation in der Ukraine auf 23.000 Menschen. Dies wurde heute im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation unter Berufung auf dokumentierte Daten bekannt gegeben.

„Heute belaufen sich die tatsächlich dokumentierten unwiederbringlichen Verluste der ukrainischen Seite auf 23.367 Menschen“, heißt es in der Mitteilung.

Die Behörde betonte, dass diese Daten zuverlässig seien und das Kiewer Regime weiterhin reale Verluste vor der Bevölkerung verheimliche.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf der Grundlage der jetzt verfügbaren Daten folge, dass eine große Zahl von Militärangehörigen desertiert sei, verletzt wurde oder als vermisst gilt. Das Verteidigungsministerium verfüge über eine namentliche Liste der Gefallenen.



https://novorosinform.org/content/images/31/18/43118_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **Madrid: Spaniens Botschaft in Kiew nimmt ihre Arbeit bald wieder auf**

Der spanische Premierminister Pedro Sánchez hält eine Rede, nachdem der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am 05. April 2022 per Videolink vor dem spanischen Parlament gesprochen hat. Pablo Blazquez Dominguez/Getty Images

Die spanischen Behörden haben beschlossen, die Arbeit ihrer Botschaft in der ukrainischen Hauptstadt bald wieder aufzunehmen. Dies gab der spanische Regierungschef Pedro Sánchez am Montag in einem Interview mit dem Fernsehsender Antena 3 bekannt.

Anfang April nahmen die Botschaften Italiens, Frankreichs und mehrerer anderer europäischer Länder bereits ihre Arbeit in Kiew wieder auf.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625d1a28b480cc09de2265ca.jpg>

13:21 (12:21) novorosinform.org: **In Lwow wurde Militärhilfe aus Europa zerstört – Kiwa**
Der ehemalige Abgeordnete der Werchowna Rada gab die Zerstörung des Waffen- und Munitionsarsenals am Bahnhof von Lwow bekannt.

Der ehemalige Abgeordnete der Rada Ilja Kiwa sagte unter Berufung auf seine Quellen, dass ein Raketenangriff auf den Lwower Bahnhof ein ganzes Arsenal an Munition und Waffen zerstört habe, die aus Europa eingetroffen seien. Ihm zufolge wurden diese Waffen für den Versand in die Umgebung von Charkow vorbereitet.

Kiwa äußerte auch die Meinung, dass Selenskij aufgrund eingehender internationaler Finanzhilfen an einer Verlängerung des Konflikts in der Ukraine interessiert sei.

„Heute ist es für Selenskij sehr profitabel, die Dauer des Konflikts in die Länge zu ziehen, da finanzielle Unterstützung aus der ganzen Welt kommt – Hunderte von Millionen Dollar, die auf die Konten von Sonderfonds gehen, die vom Büro des Präsidenten kontrolliert und dort erfolgreich gestohlen werden. Westliche Politiker, erhalten für ihre Hilfe gute Schmiergelder“, schrieb der Politiker in seinem Telegram-Kanal.



https://novorosinform.org/content/images/31/20/43120_720x405.jpg

12:40 de.rt.com: **Kadyrow kommentiert Selenskijs Worte über zehn Jahre Krieg mit Russland**

Das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow hat die Erklärung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskijs, er sei bereit, Russland zehn Jahre lang Widerstand zu leisten, kommentiert und erklärt, dass für den ukrainischen Staatschef alles in ein paar Tagen vorbei sein werde.

Ein Audiomitschnitt des Kommentars wurde am Sonntagabend auf Kadyrows Telegram-Kanal veröffentlicht. Er sagte:

"Ich habe hier gelesen, dass Selenskijs verkündet habe, er sei bereit, zehn Jahre lang zu kämpfen.

Wir haben nicht so viel Zeit. In den nächsten Tagen werden wir mit dir fertig sein. Ich glaube, du bist schizopren! Fahr zu deinem großen Bruder Biden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625d260d48fbef3f827f9c3c.jpg>

13:00 de.rt.com: **Ärzttekammer: Mehr als 1.100 Mediziner für Ukraine-Einsatz gemeldet**

Mehr als 1.100 Ärztinnen und Ärzte aus Deutschland haben sich nach Angaben der Bundesärztekammer für einen Einsatz in der Ukraine oder den Nachbarländern gemeldet.

Ärztepräsident Klaus Reinhardt sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland am Montag: "Die Zahl zeigt, wie groß die Solidarität in der Ärzteschaft mit den Menschen in der Ukraine ist. Ein Einsatz dort kann schließlich lebensgefährlich werden."

Die Mediziner hätten sich auf einen entsprechenden Aufruf der Bundesärztekammer über ein

Online-Portal registriert, um bei der Behandlung von Kranken und Kriegsverletzten zu helfen. Laut Reinhardt ist die Bundesärztekammer mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesgesundheitsministerium und den Botschaften der Ukraine und der Anrainerstaaten im Gespräch, wie die Ärzte eingesetzt werden könnten. Er hob hervor: "Sobald uns die Regierung Bedarf für Einsätze im Rahmen internationaler humanitärer Missionen meldet, können wir ausreichend Ärztinnen und Ärzte vermitteln."

13:08 de.rt.com: **Im Westen mehr Zustimmung, im Osten Ablehnung – Wie die Deutschen zu den Russland-Sanktionen stehen**

Laut einer im Auftrag der E.ON-Stiftung durchgeführten Umfrage sind Ostdeutsche weniger als Westdeutsche bereit, steigende Energiekosten als Folge europäischer Sanktionen gegen Russland zu akzeptieren und auf Heizen oder Mobilität zu verzichten. Auch bei der Frage nach Alternativen zeigten sich Unterschiede.

Die Menschen in Ost- und Westdeutschland reagieren nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey unter 10.000 Bundesbürgern unterschiedlich auf den Ukraine-Krieg und mögliche Auswirkungen der gegen Russland ins Gespräch gebrachten Sanktionen auf dem Energiesektor. In Westdeutschland sind 64 Prozent der Befragten bereit, auch bei einer Energieknappheit auf Energie aus Russland zu verzichten. In Ostdeutschland befürworteten nur 42 Prozent einen solchen Schritt.

Auch die Bereitschaft, im Falle von Energieengpässen die Heizung herunterzudrehen oder weniger Auto zu fahren, ist der Umfrage zufolge im Westen deutlich ausgeprägter. Während in den alten Bundesländern zwischen 55 und 70 Prozent der Befragten angaben, sie wollten bei einer Energieknappheit die Heizung herunterdrehen, signalisierten in Ostdeutschland (ohne Berlin) weniger als die Hälfte der Befragten die Bereitschaft zu einem solchen Schritt. Als Alternative zu russischem Gas favorisierten die Befragten in Ostdeutschland heimische Kohle, die Befragten im Westen Solar- und Windenergie.

Bundesweit beschäftigten steigende Energiepreise Menschen in ländlichen Regionen (52 Prozent) deutlich mehr als Menschen in Ballungsgebieten (38 Prozent). Eine Ausweitung des Krieges in Osteuropa machte Menschen in sehr dicht besiedelten Gebieten (61 Prozent) hingegen mehr Sorgen als in sehr schwach besiedelten, ländlichen Regionen (49 Prozent). Die Umfrage wurde von der E.ON-Stiftung in Auftrag gegeben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d240348fbef31cc7b5318.jpg>

13:45 de.rt.com: **Immer mehr Ermittlungsverfahren wegen Zeigen des Z-Symbols in Deutschland**

In Deutschland wird immer öfter wegen des Z-Symbols ermittelt, das für die Unterstützung

des russischen Krieges in der Ukraine steht. Wie eine Umfrage des RedaktionsNetzwerks Deutschland bei mehreren Landesbehörden ergab, wurden seit dem 24. Februar mehr als 140 Ermittlungsverfahren wegen der Befürwortung des russischen Einmarsches eingeleitet. In der Mehrheit der Fälle gehe es um die Verwendung des Z-Symbols. Da solche Verfahren nicht in allen Bundesländern gesondert erfasst werden, dürfte die tatsächliche Zahl weitaus höher liegen.

Für das Zeigen des Z-Symbols haben in den vergangenen Wochen mehrere deutsche Bundesländer strafrechtliche Konsequenzen angekündigt. Es könne als "Billigung einer Straftat" gewertet werden, wenn ein Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg nachzuweisen sei, hieß es unter anderem aus dem NRW-Innenministerium. Dann drohen laut Paragraf 140 im Strafgesetzbuch bis zu drei Jahre Haft oder eine Geldstrafe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625d340348fbef2d5149c60f.jpg>

14:15 de.rt.com: **Medwedtschuk bittet Putin und Selenskij, ihn gegen Soldaten auszutauschen**

Der ukrainische Oppositionsführer Wiktor Medwedtschuk hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij gebeten, ihn gegen Soldaten und Einwohner von Mariupol auszutauschen. Sein Videoaufruf wurde am Montag vom Sicherheitsdienst der Ukraine veröffentlicht.

"Ich, Wiktor Wladimirowitsch Medwedtschuk, möchte den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij bitten, mich auf ukrainischer Seite gegen die Verteidiger und Bewohner von Mariupol auszutauschen, die sich derzeit dort aufhalten und keinen sicheren Ausgang durch humanitäre Korridore haben."

Am 12. April verkündete Selenskij, dass Medwedtschuk festgenommen worden sei, und veröffentlichte Fotos eines Mannes in Handschellen, der ihm ähnlich sah. Gleichzeitig unterbreitete der Machthaber den Vorschlag, den ukrainischen Oppositionsführer gegen ukrainische Kriegsgefangene auszutauschen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625d4f2848fbef30206c73f9.jpg>

15:00 de.rt.com: **Gefangene britische Söldner bitten Johnson, sie gegen Medwedtschuk auszutauschen**

Zwei britische Staatsangehörige, die sich in der Ukraine ergeben haben, haben Premierminister Boris Johnson im Fernsehsender Rossija 1 gebeten, ihren Austausch gegen den inhaftierten ukrainischen Oppositionspolitiker Wiktor Medwedtschuk zu ermöglichen. Der Söldner Sean Pinner richtete sich an den britischen Regierungschef:

"Herr Boris Johnson, mein Name ist Sean Pinner. Soweit ich weiß, befindet sich Wiktor Medwedtschuk in Haft, und Aidan Aslin und ich möchten gerne gegen ihn ausgetauscht werden. Wir würden Ihre Hilfe in dieser Angelegenheit sehr schätzen. Ich werde gut behandelt, ich verstehe die Situation, in der ich mich befinde. Wir bekommen Nahrung und Wasser. Ich bitte Sie in meinem Namen und im Namen von Aiden Aslin, den Austausch gegen Medwedtschuk zu ermöglichen."

Aslin seinerseits fügte hinzu, er halte es für wichtig, dass der britische Premierminister dem Aufruf von Medwedtschuks Frau Oxana Martschenko Folge leiste:

"Wenn Boris Johnson sich wirklich um britische Bürger kümmert, wie er sagt, dann wird er helfen, Druck auf Selenskij auszuüben, damit er das Richtige tut und Wiktor zu seiner Familie und uns zu unseren Familien zurückbringt."

15:02 de.rt.com: **Russland veröffentlicht Namensliste von gefallenem ukrainischen Soldaten**

Die Zahl der im russisch-ukrainischen Konflikt bislang auf beiden Seiten Gefallenen ist derzeit unabhängig nicht zu überprüfen. Beide Seiten machen dazu unterschiedliche Angaben. Das russische Verteidigungsministerium hat am Montag die Liste gefallener Soldaten einer Einheit in Mariupol veröffentlicht und erklärt, die dokumentierte Zahl der ukrainischen Verluste belaufe sich auf mehr als 23.000.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hat am Montag die persönlichen Daten von gefallenem ukrainischen Soldaten und Mitgliedern des Asow-Regiments aus einer einzigen Kaserne mit der Nummer 3057 in Mariupol veröffentlicht. Zugleich gibt das Verteidigungsministerium an, dass auf der ukrainischen Seite Verluste in der Anzahl von 23.367 Soldaten und Offizieren namentlich bekannt und dokumentiert seien.

In der [Veröffentlichung](#) können insgesamt sieben Textdokumente angeklickt und heruntergeladen werden. In den ersten drei sind mit Stand zum 29. März 2022 die vollen Namen, Dienstgrade, Funktionen und die Daten sowie Umstände des Todes von 122 Militärangehörigen und Mitgliedern des Regiments "Asow" abgedruckt. Die weiteren vier

beinhalten die Namen und Dienstgrade von Soldaten und Offizieren, die aufgrund von Verwundungen dauerhaft nicht einsatzbereit sind.

Nach den Angaben zu den Umständen des Todes und der Verwundung zu urteilen, handelt es sich um Soldaten, die im Zeitraum von Anfang März bis zum 29. März 2022 in Mariupol gefallen sind oder verwundet wurden.

Zur Herkunft der Namenslisten machte das Verteidigungsministerium keine Angaben.

Vermutlich wurden diese im Zuge des Vorrückens russischer Einheiten und der Einheiten der Volksrepublik Donezk in Mariupol erbeutet.

Mit der Veröffentlichung widersprach die russische Seite den Darstellungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, wonach seit Beginn der russischen militärischen Intervention in der Ukraine am 24. Februar 3000 Militärangehörige gefallen seien. Laut den Aussagen Selenskij's am vergangenen Donnerstag sollen bislang bis zu 3000 Soldaten auf ukrainischer Seite gefallen sein – und bis zu 20.000 Armeeangehörige auf russischer.

Inwieweit aus der Vorlage der Namenslisten einer einzigen Einheit für einen Teilzeitraum Schlussfolgerung auf die gesamten Verluste der ukrainischen Seite möglich sind und in welcher Form die jetzt von der russischen Seite behaupteten Verluste von mehr als 23.000 Militärangehörigen dokumentiert sind, ist derzeit unabhängig nicht zu überprüfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d3ddeb480cc6a665851b0.jpg>

16:09 (15:09) novorosinform.org: **Putin: Westlicher Wirtschafts-Blitzkrieg gegen Russland gescheitert**

Der Präsident der Russischen Föderation stellte fest, dass die russische Wirtschaft trotz der beispiellosen Sanktionen ihre Stabilität gezeigt hat.

Das Kalkül des Westens, dass beispiellose Sanktionen die russische Wirtschaft zum Einsturz bringen würden, ist gescheitert. Die wirtschaftliche Blitzkriegsstrategie ist gescheitert, die russische Wirtschaft stellt ihren Normalbetrieb wieder her. Das teilte der russische Präsident Wladimir Putin mit, berichtet der Telegram-Kanal „Pool No. 3“.

Der russische Staatschef stellte fest, dass der Westen mit Hilfe von Sanktionen eine Panik auf den Märkten hervorrufen, den Zusammenbruch des Bankensystems und einen großflächigen Warenmangel in den Geschäften verursachen wollte, aber die entsprechenden Pläne scheiterten.

„Russland hat diesem beispiellosen Druck standgehalten. Die Situation stabilisiert sich, der Wechselkurs des Rubels ist auf das Niveau der ersten Februarhälfte zurückgekehrt und wird durch eine objektiv starke Zahlungsbilanz bestimmt“, sagte Putin.

Ihm zufolge überstieg die positive Zahlungsbilanz nach den Ergebnissen des ersten Quartals 58 Milliarden Dollar, was ein historisches Maximum darstellt.

Der Präsident stellte auch fest, dass die Sanktionen ihre Initiatoren selbst getroffen hätten - in

den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern gebe es einen starken Anstieg der Inflation und der Arbeitslosigkeit, und der Lebensstandard der Bevölkerung sei stark gesunken.



https://novorosinform.org/content/images/31/31/43131_720x405.jpg

15:30 de.rt.com: **Zweiundfünfzig ausländische Organisationen haben sich dem russischen SWIFT-Pendant angeschlossen**

Mehr als 50 ausländische Organisationen haben sich bereits dem russischen System für Finanznachrichten (SPFS), einem SWIFT-Analogon, angeschlossen. Das verkündete die Vorsitzende der russischen Zentralbank Elwira Nabiullina in einer Rede in der Duma. Sie stellte fest:

"Bis heute sind es 52 ausländische Organisationen aus zwölf Ländern, die das SPFS nutzen."

16:00 de.rt.com: **Marine Le Pen erkennt Wiedervereinigung der Krim mit Russland an**

Die Krim sei nach dem Ergebnis des Referendums, das im März 2014 auf der Halbinsel abgehalten worden war, wieder zum Teil von Russland geworden. Dies verkündete die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen, als sie auf die Frage nach der Zugehörigkeit der Krim antwortete:

"Die Krim wurde aufgrund der Ergebnisse des Referendums Teil Russlands."

Le Pen brachte zudem zum Ausdruck, Russland sei eine Großmacht, mit der eine Annäherung in Europa für die Sicherheit des Kontinents notwendig sei. Wörtlich hieß es:

"Ich glaube, dass Russland eine Großmacht ist, und ich möchte nicht, dass es völlig in einem Bündnis mit China organisiert ist. Die Annäherung Russlands an Europa ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit unseres Kontinents und unseres Landes."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d6913b480cc41107ea3ec.jpg>

16:30 de.rt.com: **Denkmal des sowjetischen Soldaten in Tallinn geschändet**

Unbekannte haben auf einem Militärfriedhof in der estnischen Hauptstadt Tallinn ein Denkmal für den als "Bronzener Soldat" bekannten sowjetischen Soldaten beschädigt. Anschließend wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Dies teilte Indrek Aru, operativer Direktor der Polizeipräfektur Põhja, am Montag mit:

"Die Polizei erhielt heute Morgen eine Meldung, dass der Orden auf der Brust des Bronzesoldaten beschädigt wurde. Inzwischen haben wir anhand von Kameraaufzeichnungen festgestellt, dass der Vandalismus am späten Abend des 12. April stattfand."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d6f05b480cc409101bfa7.jpg>

17:52 (16:52) novorosinform.org: **Die ukrainischen Behörden erklärten den 9. Mai zum Werktag**

Der staatliche Dienst für Arbeit der Ukraine begründete die Streichung der Maifeiertage mit dem Kriegsrecht.

Die ukrainischen Behörden haben aufgrund des Kriegsrechts im Land zusätzliche freie Tage für die Oster- und Maiferien gestrichen. Dies wird im Pressedienst der Staatlichen Arbeitsinspektion der Ukraine angegeben.

Wie die „Strana“ feststellt, sollten im Frühjahr 2022 drei Montage frei sein: der 25. April (Verlegung des arbeitsfreien Tages vom 24. April auf Ostern), der 2. Mai (Verlegung des arbeitsfreien Tages vom 1. Mai) und der Mai 9 (Tag des Sieges).

Aber im Zusammenhang mit der Einführung des Kriegsrechts in der Ukraine werden diese Tage zu Arbeitstagen erklärt, die wie üblich bezahlt werden.



https://novorosinform.org/content/images/31/38/43138_720x405.jpg

17:00 de.rt.com: **Selenskij übergibt ausgefüllten Fragebogen für EU-Kandidatenstatus der Ukraine**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat EU-Vertretern den ausgefüllten Fragebogen für die EU-Kandidatur der Ukraine übergeben. Dies gab das Büro des Präsidenten der Ukraine bekannt.

Die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hatte Wladimir Selenskij bei einem Besuch in Kiew Anfang April einen Umschlag mit einem Fragebogen zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der EU überreicht.

17:14 de.rt.com: **Russische Zentralbank: Werden Inflation nicht um jeden Preis bekämpfen**

Am Montag hat die Chefin der russischen Zentralbank die Folgen westlicher Sanktionen kommentiert. Ihr zufolge beginne für die Wirtschaft des Landes eine schwierige Zeit des Strukturwandels. Gleichzeitig stehe das russische Bankensystem aber "fest auf den Beinen". Die russische Wirtschaft trete aufgrund von Sanktionen in eine schwierige Zeit struktureller Veränderungen ein, warnte die Chefin der russischen Zentralbank. Vor allem hätten die Sanktionen den Finanzmarkt getroffen, nun würden sie zunehmend auch die russische Wirtschaft treffen, sagte Elwira Nabiullina am Montag. Ihr zufolge hängen die größten Schwierigkeiten mit Beschränkungen bei Importen und der Logistik sowie mit Exportbeschränkungen zusammen.

Laut Nabiullina könne die Wirtschaft des Landes vorübergehend von Reserven leben, diese seien aber nicht unbegrenzt. Im zweiten oder dritten Quartal 2022 werde in Russland ein Strukturwandel und die Suche nach neuen Geschäftsmodellen beginnen. Die Zentralbank könne derzeit etwa die Hälfte ihrer Gold- und Devisenreserven verwalten, erklärte die Behördenvertreterin.

Trotzdem werde die Zentralbank die Inflation nicht um jeden Preis senken, da solche Maßnahmen Unternehmen daran hindern würden, sich an neue Bedingungen anzupassen. Man müsse die Eingewöhnungszeit auf jeden Fall verkraften, sagte sie. Gleichzeitig sollte der Inflationsanstieg nicht unkontrollierbar sein. "Wir werden eine Geldpolitik verfolgen, die die Inflation innerhalb eines vernünftigen, vorhersehbaren Zeitrahmens zum Ziel zurückführt, aber nicht zu abrupt", erklärte Nabiullina. Ihre Behörde gehe davon aus, dass das Inflationsziel von 4 Prozent im Jahr 2024 wieder erreicht werde.

Generell habe der Markt allerdings sanfter als erwartet auf die neue Situation reagiert, betonte Nabiullina. Sie fügte hinzu, dass das russische Bankensystem "fest auf den Beinen steht und Schlägen standhalten kann".

Unter anderem kündigte die Behörde eine schrittweise Aufhebung der verhängten Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine an. So dürfen russische Banken ab dem 18. April wieder Fremdwährungen in US-Dollar und Euro an die Bevölkerung verkaufen. Dabei dürfen die Banken nur jenes Bargeld verkaufen, das seit dem 9. April in ihre Kassen eingegangen ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d443048fbef27980bc0e9.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 18. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Mariupol wurden die Basistationen für den Mobilfunk festgelegt, deren Anschluss es erlauben wird, Mobilfunk im Bereich der Stationierung der Kräfte des Zivilschutzministeriums zu haben.

Es wurden Reparaturarbeiten an den Hochspannungsleitungen Telmanowo – Pawlopolskaja und Pawlowskaja-Mariupolskaja durchgeführt. Die Leitung Talakowskaja – Talakowka ist vollständig wiederhergestellt. An den Leitungen Rybinskaja – CXT Nr. 1 und Karan Tjagowaja – Wolnowacha Tjagowaja wurden 100 Meter monitiert, an der Leitung Talakowskaja – Ogorodnoje wurden 50 Meter wiederhergestellt.

Mitarbeiter des staatlichen Unternehmens der DVR „Staatliche Magistralen- und Netzgesellschaft“ haben gemeinsam mit Pyrotechnikeinheiten des Zivilschutzministeriums die Hochspannungsleitung Charzyskaja – Sarja kontrolliert, die Länge des Abschnitts beträgt 3,5 km.

In Nowotroizkoje, Wolodarskoje, Mangusch, Granitnojw, Tschermalyk, Nowoselowka Wtoraja, Stepanowka, Mirnoje, Mamenka und Swobodnoje wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Fast 200 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 16 Hektar untersucht, 183 explosive Objekte entschärft. In Nowotroizkoje haben Einheiten des Zivilschutzministeriums Arbeiten zur Wärmeisolierung des Krankenhauses und der Erste-Hilfe-Station durchgeführt – insgesamt 76 Fenster. In Mariupol und Ukrainskoje wurde der Bevölkerung humanitäre Hilfe in Form von 10.098 Paketen ausgegeben.

Nach Slatoustowka und Blagodatnoje wurden je 24 Flaschen Flüssiggas geliefert. Die Reparaturarbeiten gehen weiter und für Verbraucher in Wolnowacha für die Gasversorgung wieder in Betrieb genommen.

50 Tonnen Wasser und 2 Tonnen humanitäres Brot wurden nach Mariupol geliefert.

In Mariupol und Sartana acht Ortschaften wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert. Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten

Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 18.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 196 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **5 Zivilisten verletzt**. 17 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 56 ukrainische Nationalisten, einen Schützenpanzerwagen und 2 Feuerpositionen von 120mm-Mörsern vernichtet. Ein Schützenpanzer und ein 122mm-Artilleriegeschütz 2S1 wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 14 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 27. März 2022 führte der Obergardeschütze Soldat Sergej Witaljewisch Trojanowskij im Rahmen einer Sturmgruppe eine Kampfaufgabe zur Säuberung eines Stadtteils von Mariupol von Nationalisten aus, im Verlauf schwerer Kämpfe drang die Gruppe in den Stadtteil vor, wo sie im Keller eines der Häuser örtliche Einwohner entdeckte, die eine Evakuierung benötigten. Unter Nutzung der Lage der Gruppe im Zusammenhang mit der Hilfeleistung für die Zivilbevölkerung gruppieren sich die Nationalisten um und unternahmen den Versuch eines Gegenangriffs. Trotz der erheblichen zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners nahm Gardesoldat S.W. Trojanowskij eine Feuerposition ein und übernahm den Kampf, wobei er

das Vorrücken der Nationalisten stoppte, was es der Gruppe erlaubte, die Bewohner ohne Verluste zu evakuieren.

19:00 de.rt.com: **Israel: Islamische Partei droht nach Auseinandersetzungen mit Koalitionsaustritt**

Die an der Regierung beteiligte islamische Partei Ra'am äußerte ihre scharfe Kritik nach den Auseinandersetzungen am Wochenende zwischen israelischen Sicherheitskräften und Palästinensern am Tempelberg in Jerusalem. Derweil protestierten mehrere regionale Staaten gegen das israelische Vorgehen.

Die israelische islamische Partei Ra'am hat am Sonntag erklärt, dass sie den Austritt aus der von Ministerpräsident Naftali Bennett geführten Koalitionsregierung erörtert, um gegen das Vorgehen der israelischen Polizei in der Al-Aqsa-Moschee zu protestieren, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Als ersten Schritt beschloss der Parteivorstand, die Aktivitäten der Partei in der Koalition und im israelischen Parlament "einzufrieren". Ein aus religiösen Gelehrten bestehendes Beratungsgremium hatte am Donnerstag der Parteiführung diesen Schritt empfohlen.

Der Ra'am-Vorsitzende Mansour Abbas sagte dem israelisch-arabischen Radiosender A-Shams, dass seine Partei, die vier Sitze im Parlament hat, den Austritt erwäge. Die Abgeordneten protestierten damit gegen die Polizeiaktionen auf dem Gelände der Al-Aqsa-Moschee, bei denen in den vergangenen drei Tagen Hunderte von Palästinensern verletzt und verhaftet wurden. Bennetts Koalition verfügt insgesamt über 60 Sitze von den 120 Sitzen im israelischen Parlament

Abbas erklärte:

"Die Al-Aqsa-Moschee ist für uns eine rote Linie, auch auf Kosten der Stabilität der Koalition."

Der Parteivorsitzende fügte hinzu, dass es für Ra'am bezüglich der Frage der Al-Aqsa-Moschee keinen Raum für politische Flexibilität gebe.

In einem Brief an Bennett erklärte Mazen Ghnaim, ein Mitglied der Ra'am-Partei, "wenn die Aktivitäten der Sicherheitskräfte in der gesegneten Al-Aqsa-Moschee" nicht sofort gestoppt werden, werde er sich "nicht als Teil der Koalition" betrachten.

Die Äußerungen lösten weitere Spannungen innerhalb der Koalition aus, die im Jahr 2021 das Kabinett von Israels dienstältestem Premierminister Benjamin Netanjahu ablöste.

Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Nachman Shai, sagte gegenüber Kan Bet Radio, dass "die Einsatzkräfte die Sicherheit der jüdischen Besucher an der heiligen Stätte nicht gefährden sollten, nur um die Koalition um jeden Preis aufrechtzuerhalten."

Am Sonntagabend befasste sich der Parteivorstand von Ra'am mit der Frage des Austritts aus der Koalition. Nach Abschluss des Treffens gab Ra'am bekannt, dass die Partei ihre politischen Aktivitäten in der Koalition und im Parlament einstellen werde. Welche praktischen Konsequenzen dieser Schritt einleitet, blieb zunächst unklar, da die Knesset bis Anfang Mai nicht tagt. Unter Berufung auf Regierungskreise berichteten israelische Medien, dass dieser Schritt als Zugeständnis an die Parteibasis gedacht sei und nach Absprache mit den Anführern der anderen wichtigen Koalitionsparteien, Bennett und Außenminister Yair Lapid, erfolgt ist. Nach Ablauf einer Frist von etwa zwei Wochen werde der Parteivorstand von Ra'am beschließen, die politischen Aktivitäten wieder aufzunehmen.

Bennetts Koalition verlor vor anderthalb Wochen ihre Mehrheit, nachdem ein Abgeordneter von Bennetts rechtsgerichteter Jamina-Partei die Organisation verließ und sich Netanjahu, Bennetts wichtigstem politischen Rivalen, und dessen Likud-Partei anschloss.

Dieser Schritt, weniger als ein Jahr nach dem Amtsantritt der neuen Regierung, brachte die Koalition ins Wanken. Die Koalition regiert nun mit nur 60 Sitzen im 120 Sitze zählenden Parlament.

Wenn Ra'am die Koalition verlässt, könnte dies eine neue Wahlrunde auslösen.

Derweil verurteilten eine Reihe islamischer und arabischer Staaten das Vorgehen Israels angesichts der jüngsten Konfrontationen zwischen Palästinensern und Israelis auf dem Tempelberg in Jerusalem, bei denen hunderte Palästinenser verwundet wurden. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan teilte am Sonntag auf Twitter mit, dass er während eines Gesprächs mit seinem palästinensischen Amtskollegen Mahmoud Abbas die mutmaßliche israelische "Intervention gegen Betende in der Al-Aqsa-Moschee" scharf verurteilt habe. Die Türkei stehe immer an der Seite Palästinas, bekräftigte das türkische Staatsoberhaupt. Das sudanesisches Außenministerium verurteilte ebenfalls die Operation der israelischen Sicherheitskräfte auf dem Tempelberg. Khartoum rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, Israel "für die Nachwirkungen solcher Verbrechen und Verstöße gegen das wehrlose palästinensische Volk, ihr Land und ihre heiligen Stätten vollständig verantwortlich zu machen". Zudem rief Sudan die israelische Regierung auf, ähnliche Operationen auf dem Tempelberg zukünftig zu unterlassen und die ethnische Zusammensetzung Jerusalems nicht zu verändern.

Jordanien erklärte, Israel trage die volle Verantwortung für die "ernsten Nachwirkungen" der gesteigerten Spannungen auf dem Tempelberg. Israels mutmaßliche Versuche, den historischen und rechtlichen Status-quo der Al-Aqsa-Moschee zu verändern, würden einen gefährlichen Bruch des Völkerrechts darstellen und sämtliche Versuche für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes untergraben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d730ab480cc42617e52fb.jpg>

19:00 de.rt.com: **Moskau weist bulgarische Diplomaten aus**

Moskau weist mehrere Mitarbeiter der bulgarischen Botschaft aus. Das russische Außenministerium teilte mit, es habe den bulgarischen Botschafter Atanas Krystin einbestellt und ihm eine Protestnote übergeben:

"Diese Maßnahme ist eine Reaktion auf die unмотivierte Entscheidung der bulgarischen Seite vom März dieses Jahres, zehn Diplomaten der russischen Botschaft in Sofia zu Personae non gratae zu erklären."

Die genaue Anzahl der auszuweisenden Diplomaten und die Frist, innerhalb derer sie das Land verlassen müssen, wurden in dem Bericht nicht genannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d927048fbef2d5149c65e.jpg>

19:30 de.rt.com: **Kiew stimmt UN-Vorschlag zu, humanitäre Kontaktgruppe für Abstimmung mit Russland einzurichten**

Kiew hat dem UN-Vorschlag zugestimmt, eine humanitäre Kontaktgruppe einzurichten, die sich mit Russland über die Einrichtung von humanitären Korridoren und einen Waffenstillstand abstimmen soll. Der stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen Martin Griffiths erklärte bei einem Briefing:

"Die UNO hat vorgeschlagen, humanitäre Fragen virtuell oder persönlich zu diskutieren, insbesondere den Waffenstillstand und die Schaffung von humanitären Korridoren. Die Ukraine hat unseren Vorschlägen zugestimmt, wir warten auf eine ähnliche Antwort der Russischen Föderation."

Zudem wurde in Kiew wieder ein Büro der UNO eröffnet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d95f048fbef050d3e3817.jpg>

20:00 de.rt.com: **Petition gegen antirussische Sanktionen in Serbien gestartet**

In Serbien ist eine Petition gegen antirussische Sanktionen ins Leben gerufen worden. Diese wurde bereits von rund 200 Vertretern des serbischen Klerus, Professoren und prominenten Persönlichkeiten aus Kultur und Kunst, darunter der berühmte Filmregisseur Emir Kusturica, unterzeichnet. Im Text der Petition heißt es:

"Wir bringen unsere volle Solidarität mit dem russischen Volk und unsere volle Unterstützung zum Ausdruck. Wir hoffen, dass die Ukrainer sich von den westlichen Beratern lossagen und dass Vernunft und Frieden die Oberhand gewinnen werden."

Die endgültige Liste der Unterschriften der serbischen Intellektuellen wird bis zum Tag des Sieges vorgelegt werden.

20:30 de.rt.com: **Pentagon will ukrainisches Militär an US-Haubitzen ausbilden**

Die USA wollen das ukrainische Militär im Umgang mit US-Haubitzen ausbilden und planen auch Schulungen für andere Waffentypen, wie ein hochrangiger Pentagon-Beamter gegenüber Reportern erklärte.

Die Artilleriegeschütze waren zusammen mit gepanzerten Mannschaftstransportern, Hubschraubern, Sperrmunition und unbemannten Schiffen Teil eines weiteren Militärhilfepakets, das die US-Behörden letzte Woche genehmigt hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625d9d45b480cc3c8163b7cd.jpg>

21:33 de.rt.com: **Ehrenmal in Treptow erneut geschändet – Russische Botschaft protestiert**

Es ist der zweite Vorfall innerhalb weniger Tage, und wieder wurde das sowjetische Ehrenmal in Treptow beschmiert. Die russische Botschaft weist die deutschen Behörden auf ihre Verpflichtungen hin; sie bittet aber auch um Mithilfe bei der Erfassung solcher Schändungen. In der Nacht vom 17. auf den 18. April wurde das sowjetische Ehrenmal in Treptow ein weiteres Mal geschändet. Das Ehrenmal ist nicht nur Denkmal, sondern auch Grabstätte. Die russische Botschaft hat ihre Empörung darüber [mitgeteilt](#).

"An das Auswärtige Amt ist eine Protestnote ergangen, in der wir fordern, die Schändungsfolgen zu beseitigen, die Umstände der Schändung zu ermitteln, Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Wir haben erneut verlangt, dass die deutschen Behörden erschöpfende Maßnahmen ergreifen, um weitere derartige Vorfälle gemäß dem russisch-deutschen Kriegsgräberabkommen vom 16. Dezember 1992 zu verhindern."

Das ist das zweite Mal innerhalb weniger Tage, dass das Ehrenmal in Treptow attackiert wurde.

Ähnliches geschieht zurzeit an vielen anderen Orten, an denen an die sowjetischen Befreier erinnert wird oder an denen sich Kriegsgräber der Roten Armee befinden. Im Vorlauf zu den Feiern zum Tag des Sieges am 9. Mai sind vermutlich noch weitere Akte von Vandalismus zu erwarten; vor allem, da selbst das [ukrainische Parlament](#) den Respekt vor den Toten vermissen lässt und den letzten Angriff begrüßte.

Die russische Botschaft bleibt, sicher auch eingedenk dieser Tatsache, nicht bei einer Aufforderung an die deutschen Behörden stehen, sondern wendet sich auch an die Öffentlichkeit.

"Wir bitten alle engagierten Bürgerinnen und Bürger, die Zeugen von Schändungen sowjetischer Kriegsgräber und Gedenkstätten werden, umgehend die Russische Botschaft in Deutschland (per E-Mail an sos@russische-botschaft.de) sowie die russischen Generalkonsulate mit der Angabe von Ort und Zeit über die Vorfälle zu informieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625da893b480cc42617e532a.jpg>

21:40 de.rt.com: **Konaschenkow: Militärdepot mit ausländischen Waffen nahe Lwow durch russische Streitkräfte zerstört**

Der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow hat mitgeteilt, dass ein Hochpräzisionsangriff in der Nähe von Lwow ein Logistikzentrum der ukrainischen Truppen getroffen und große Lieferungen ausländischer Waffen aus den USA und europäischen Ländern zerstört habe. Zudem soll ein großes Munitionsdepot in der Nähe von Kiew zerstört worden sein.

Eine Fabrik zur Reparatur von Wiedereintrittsfahrzeugen für taktische Totschka-U-Raketen in der Stadt Dnepropetrowsk soll ebenfalls niedergewalzt worden sein. Überdies sollen bis zu 120 ukrainische Nazis bei dem Angriff in der Nähe des Dorfes Nowotoschkowskaja getötet worden sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625db18348fbef2d5149c672.jpg>